

1. Frieden und Hilfe für die Ukraine

„Krieg ist immer eine Niederlage für die Menschheit.“ - Seit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar sind diese Worte von Papst Franziskus zu einer blutigen und bitteren Realität so vieler unschuldiger Opfer geworden. Den unter dem Krieg leidenden Menschen in der Ukraine und den Geflüchteten wollen wir versichern und versprechen: Wir Bischöfe und so viele Menschen in Österreich tragen euch in unseren Herzen, wir leiden mit euch, ihr seid nicht allein, wir sind an eurer Seite!

Gerade wenn das Ausmaß der Gewalt und des Leids uns die Sprache zu verschlagen droht, müssen wir die Stimmen gegen das Unrecht erheben. Die österreichischen Bischöfe verurteilen daher entschieden den Überfall Russlands auf die freie und souveräne Ukraine. Dieser Angriffskrieg ist eine himmelschreiende Sünde und er muss so schnell wie möglich beendet werden. Jede weitere Eskalation ist zu vermeiden und die Staatengemeinschaft muss alles unternehmen, damit die Waffen so rasch wie möglich schweigen und ein gerechter Friede möglich wird.

Als Bischöfe halten wir fest: Die Ukraine hat aufgrund des Völkerrechts und auch aus Sicht der kirchlichen Friedensethik das legitime Recht, sich gegen diesen ungerechten Angriff zu verteidigen. Dieses Recht eines Staates auf Notwehr wird ergänzt durch die Pflicht der Staatengemeinschaft, die Opfer der Aggression zu schützen und zu unterstützen.

Schon jetzt zeigt sich die unheilvolle Dynamik der Gewalt, die jeder Krieg in Gang setzt und gerade die Schwächsten bedroht. Christen und vor allem die Kirchen müssen sich angesichts des Krieges als Friedensstifter erweisen und bewähren. Es gilt, alle gewaltlosen Mittel zu nutzen, um die Kriegsparteien zu einer friedlichen Einigung zu bringen. Gewaltlosigkeit im Sinn der Bergpredigt Jesu ist ein hohes christliches Ethos, das die Spirale der Gewalt durchbricht. Sie ist eine persönliche Entscheidung, die man Opfern der Aggression aber nicht verordnen kann. In allen Bemühungen um ein Ende der Gewalt braucht es das geduldige und beharrliche Gebet um den Frieden, zu dem wir Bischöfe alle Gläubige jedweder Konfession oder Religion aufrufen und zu dem wir uns selbst verpflichten.

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Frühjahrsvollversammlung
der Österreichischen Bischofskonferenz
14. bis 17. März 2022 in Matrei am Brenner*

Wenn es in diesen Tagen auch so etwas wie eine gute Nachricht gibt, dann ist es die, dass die Solidarität und Hilfsbereitschaft in den westlichen Nachbarländern der Ukraine und auch in Österreich enorm sind. Noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind in Europa so viele Menschen vor dem Krieg geflüchtet. So schätzt die UNO, dass zwölf Millionen Menschen innerhalb der Ukraine und weitere vier Millionen Geflüchtete in den Nachbarländern Hilfe und Schutz benötigen werden. Vor diesem Hintergrund braucht es in Österreich und ganz Europa einen humanitären Schulterschluss aller guten Kräfte und einen langen Atem beim Helfen.

Beeindruckend ist die Hilfsbereitschaft, die in Österreich entstanden ist. Neben der breiten Aktion „Nachbar in Not – Hilfe für die Ukraine“ gibt es zahlreiche, oft sehr spontane Hilfsinitiativen. Als Drehscheibe für Hilfeleistungen in die Ukraine und die Nachbarländer sowie als Anlaufstelle für Geflüchtete haben sich vom ersten Tag des Krieges an die Gemeinden der Gläubigen der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche in Österreich etabliert. Der gemeinsame Besuch von Mitgliedern der Regierung und des Parlaments in der Wiener Pfarre St. Barbara war ein starkes Zeichen der Solidarität mit der Ukraine und der Unterstützung für die Hilfe, die in diesen christlichen Gemeinden in Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck und Feldkirch im Zusammenwirken mit der Caritas geleistet wird. Dabei geht es nicht nur um Sachspenden und die Bereitstellung sowie Vermittlung von Wohnraum, sondern auch um seelsorgliche Begleitung Geflüchteter und vielfältige Hilfen zur Bewältigung des Lebens außerhalb der Heimat.

Vor allem die Caritas mit ihrem weltweiten Netz, aber auch andere kirchliche Hilfswerke leisten schon jetzt in der Ukraine, den Nachbarländern und in Österreich sehr viel, um die Not der Menschen im Kriegsgebiet oder als Geflüchtete zu lindern. Damit die Hilfe überhaupt ankommen kann, braucht es zumindest humanitäre Korridore. Sie sind überlebensnotwendig und es muss von sämtlichen politischen Akteuren alles unternommen werden, um sie sicherzustellen. Damit rasch und sinnvoll geholfen werden kann, braucht es jetzt vor allem Geldspenden. Aus diesem Grund stellt die Bischofskonferenz über die Diözesen zusätzlich eine Million Euro für Ukraine-Hilfsprojekte der Caritas zur Verfügung.

Die Katholische Kirche wird so wie in der Vergangenheit als verlässliche Partnerin des Staates und der Zivilgesellschaft an der humanitären Hilfe für Geflüchtete, ihrer Aufnahme und Integration mitwirken. Die dafür erforderlichen Regelungen und Klärungen hinsichtlich Aufnahme, Wohnraum, sozialer Versorgung, Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Bildung sollten so rasch wie möglich von der Politik getroffen werden, um den Geflüchteten und den Hilfsorganisationen die nötige Rechtssicherheit zu bieten.

Allen, die sich bei der Hilfe engagieren, aber auch allen, die sich um Frieden und Gerechtigkeit mühen, danken wir und wünschen Gottes Segen! Lassen wir unsere Nachbarn jetzt nicht im Stich. Zugleich bitten wir alle inständig: Lassen wir uns nicht zu Hass und Vergeltung hinreißen, sondern bleiben wir auf dem Weg der christlichen Liebe und Versöhnung!

2. Kirche in Österreich auf dem Weg zur Weltsynode

Seit Mitte Oktober befindet sich die Katholische Kirche weltweit auf einem gemeinsamen Weg: Es ist die von Papst Franziskus mit einem Gottesdienst im Petersdom eröffnete Bischofssynode zum Thema „Eine synodale Kirche: Gemeinschaft, Partizipation, Mission“. So wie in allen Teilen der Welt wird die erste Phase der Weltsynode auch in allen österreichischen Diözesen durchgeführt. Schon jetzt danken die Bischöfe allen, die sich daran bereits beteiligt haben – auch und gerade unter den einschränkenden Bedingungen der Pandemie.

Was immer als Ergebnis bei der Bischofssynode im nächsten Jahr vorliegen wird, schon jetzt ist klar, dass Papst Franziskus mit seinem Verständnis von Synodalität eine bleibende Vorgabe für die Kirche gemacht hat: Kirche ist immer ein gemeinsames Auf-dem-Weg-Sein aller Getauften, ein Aufeinander-Hören von gläubigem Volk, Bischofskollegium und Papst. Auch die Vision von Kirche, die den Papst leitet, ist aufs Engste mit dem Gedanken der Synodalität verknüpft: eine Gemeinschaft, in der alle Getauften zusammenarbeiten, um das

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Frühjahrsvollversammlung
der Österreichischen Bischofskonferenz
14. bis 17. März 2022 in Matrei am Brenner*

Evangelium bis an die Ränder zu verkünden; eine Gemeinschaft, in der jede und jeder eine Stimme hat; eine Gemeinschaft, die im Hören aufeinander den Ruf des Heiligen Geistes zu erkennen sucht. Synodalität ist somit nicht optional. Sie gehört so sehr zum Wesen der Kirche, dass Franziskus sagt: „Kirche und Synode sind Synonyme.“

Besonders ist Papst Franziskus daran gelegen, sich in jene Haltungen einzuüben, die Synodalität erst ermöglichen: in die Haltung des Hörens, die der offenen Rede und die der Unterscheidung, was Gott uns sagen will. Wenn dies auf allen Ebenen der Kirche selbstverständlich gelebt wird, wird sie ihre Mission glaubwürdig und heilsam erfüllen können.

Ein Zwischenresümee im Blick auf die diözesanen Prozesse zeigt sowohl unterschiedliche Schwerpunktsetzungen als auch methodische Vielfalt, um Synodalität einerseits konkret zu praktizieren und andererseits zu erheben, was aus ihr inhaltlich erwächst. Die meisten Diözesen versuchen die Teilhabe auf zweierlei Arten zu ermöglichen: Zum einen wurden Fragebögen zur Verfügung gestellt, die jeweils sowohl schriftlich als auch online ausgefüllt werden können und zumeist an Einzelpersonen und Gruppen gerichtet sind. Zum anderen werden Gesprächsrunden veranstaltet, die neben dem Aspekt von Gemeinschaft und Teilhabe zugleich auch Raum für den dritten Themenschwerpunkt des synodalen Prozesses bieten: Sendung. In den Diözesen werden solche Gesprächsrunden zumeist durch die diözesanen Kontaktteams organisiert.

Für alle Diözesen gilt, dass sie bereits mit der Auswertung des synodalen Prozesses begonnen haben. Jede Diözese wird die Ergebnisse in einem Bericht zusammenfassen. Diese diözesane Synthese wird bis 10. April (Palmsonntag) an die Bischofskonferenz übermittelt und von der jeweiligen Diözese veröffentlicht. Österreichweiter Konsens unter den Diözesen besteht schon jetzt darin, die begonnenen synodalen Prozesse nicht mit Ende der diözesanen Phase auslaufen zu lassen, sondern darüber hinaus Synodalität als Praxis zu etablieren.

Auf Grundlage der diözesanen Synthesen wird in der Folge ein erster Entwurf einer österreichweiten Synthese vorbereitet, die im Zuge der Sommervollversammlung der Bischofskonferenz im Juni in Mariazell begutachtet und diskutiert wird. Dazu wird in Mariazell eine „vorsynodale Beratung der Bischofskonferenz“ einberufen. Neben den Mitgliedern der Bischofskonferenz werden jeweils zwei diözesane Verantwortliche für den synodalen Prozess und insgesamt zehn Vertreter österreichweiter Initiativen daran teilnehmen. Danach erfolgt die Endredaktion der österreichweiten Synthese, die bis 15. August im vatikanischen Generalsekretariat der Synode einzubringen ist.

3. Pfarrgemeinderatswahlen 2022

Seit über 50 Jahren geben die Frauen und Männer, die in den Pfarrgemeinderat gewählt werden, der Kirche ein konkretes Gesicht. Eine Pfarre ohne Pfarrgemeinderat ist heute unverstellbar. Pfarrgemeinderäte verkörpern eine synodale und partizipative Kirche, die von Menschen aufgrund ihrer Taufe getragen und mitgestaltet wird. Wer sich im Pfarrgemeinderat ehrenamtlich engagiert, ist in der Mitte von Kirche, Welt und Leben - „mittendrin“ lautet daher das Motto der Pfarrgemeinderatswahlen, die am 20. März in ganz Österreich stattfinden.

4,3 Millionen Katholikinnen und Katholiken sind am kommenden Sonntag aufgerufen und eingeladen, ihre Vertretungen im Leitungsgremium der rund 3.000 Pfarren für die nächsten fünf Jahre zu wählen. Österreichweit gehörten zuletzt rund 45.000 Personen den Pfarrgemeinderäten an, davon 28.000 als gewählte Mitglieder. Zählt man jene hinzu, die sich freiwillig in den pfarrlichen „Fachausschüssen“ für Gottesdienstgestaltung, Soziales, Glaubensbildung, Jugend, Familie oder Schöpfungsverantwortung (Nachhaltigkeit) engagieren, kommt man auf geschätzt mehr als 300.000 Personen, die ehrenamtlich für die Kirche in den Pfarren tätig sind.

Gerade die Corona-Pandemie hat einmal mehr gezeigt, wie hilfreich und notwendig funktionierende und basisnahe Netze des Füreinander-Daseins sind. Die Pfarren und Pfarrgemeinderäte haben sich auch in dieser belastenden Situation bewährt und als unverzichtbar erwiesen. Das damit verbundene freiwillige Engagement ist keineswegs selbstverständlich. Ein großes Vergelt's Gott gilt daher allen, die auf diese Weise einen Dienst für andere tun und ein persönliches Zeugnis in der Öffentlichkeit geben. Dieser Dank gebührt allen Frauen und Männern, die sich erneut oder erstmals für den Pfarrgemeinderat zur Verfügung stellen. Sie sind ein Geschenk für die Kirche und die Welt, für die sie Verantwortung übernehmen.

4. Jahr der Familie: In der Krise eine neue Wertschätzung

Familien konnten in den letzten zwei Jahren nicht in den Lockdown gehen. Auch in der aktuellen Krise, die der Krieg in der Mitte Europas ausgelöst hat, sind sie wieder gefragt als kleinste, verlässliche Zellen unserer Gesellschaft. In den Familien und familiären Gemeinschaften läuft alles zusammen – die Sehnsucht nach Geborgenheit, aber auch viele Belastungen und Ängste. Zugleich wächst jedoch in den Familien der Geist von Zusammenhalt und Hilfsbereitschaft, er wird nicht zuletzt eingeübt durch das Miteinander der Generationen.

Den Kindern und Heranwachsenden eine Deutungshilfe inmitten der schockierenden Nachrichten zu geben, scheint uns besonders wichtig zu sein: Was ist Krieg? Warum tun Menschen so viel Böses? Wird alles noch schlimmer? Diese und ähnliche Fragen zumindest anzusprechen, ist schon eine Hilfe. Auch wenn es in den Familien nicht selten auch Gewalt und Entfremdung gibt, sind sie die wichtigsten Lernorte für die Möglichkeit, einander zu vergeben und einen Neubeginn zu wagen. Wir sind zuversichtlich, dass es einigen Familien auch möglich sein wird, Schutz- und Hilfesuchende aus der Ukraine aufzunehmen.

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Frühjahrsvollversammlung
der Österreichischen Bischofskonferenz
14. bis 17. März 2022 in Matrei am Brenner*

Familien sind ein Überlebensnetzwerk der Gesellschaft. Daher muss bei allen politischen Maßnahmen mitbedacht werden, wie sie sich auf Familien auswirken. Vor allem sind dabei die Elternrechte zu respektieren. Das betrifft das Recht von Eltern, zuallererst selbst für ihre Kinder verantwortlich zu sein, selbst zu entscheiden, wer die Kinder erzieht, aber auch das Recht, ob, und wenn ja, welche Außer-Haus-Betreuung in Anspruch genommen wird. Jeder Druck auf Eltern mit Sorgepflichten für ihre Kinder, in einem größeren Ausmaß erwerbstätig zu sein, als von ihnen gewünscht, ist daher abzulehnen. Vielmehr müssen Eltern eine echte Wahlfreiheit haben, Familie und Arbeit so zu verbinden, dass es dem Wohl der Kinder dient.

Um die vielen Chancen und Herausforderungen von Familien in unserer Zeit bewusster wahrzunehmen und das vor fünf Jahren publizierte Apostolische Schreiben „Amoris laetitia“ in Erinnerung zu rufen, hat Papst Franziskus ein „Jahr der Familie“ ausgerufen. Es hat vor einem Jahr begonnen und wird mit dem Weltfamilientreffen in Rom Ende Juni seinen Höhepunkt finden. An diesem internationalen Kongress werden neben Familienbischof Hermann Glettler auch fünf Ehepaare aus Diözesen, Verbänden und Gemeinschaften teilnehmen.

Zusätzlich dazu wird es in vielen Ländern, so auch in Österreich zahlreiche Veranstaltungen und Aktionstage geben. Die Webseite www.jahrderfamilie.at dient als Informationsportal zur Bewerbung für alle Initiativen in den Diözesen, Pfarren, Bewegungen und Verbänden. Weitere Informationen sind unter www.familie.at und www.weltfamilientreffen.at abrufbar. Wir möchten als katholische Bischöfe allen Familien, vor allem auch jenen, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, Mut zusprechen. Das, was Familien leisten, ist ein Schatz für Gesellschaft und Kirche. Jedes Jahr sollte ein „Jahr der Familie“ sein.

5. Existenz sichern

Armut, wenn auch oft versteckt, ist auch in einem reichen Land wie Österreich eine Realität. Auch wenn die Arbeitslosenzahlen zuletzt wieder gesunken sind und ein Wirtschaftsaufschwung es anders vermuten lässt: Viele Menschen in unserem Land finden sich in prekären Situationen wieder. Die letzten Jahre der Pandemie haben bei vielen Menschen tiefe Spuren hinterlassen, sowohl in ihrem Alltag, ihrer Arbeitssituation, aber auch in ihrer Psyche. Für viele Menschen ist die Gesundheitskrise zu einer sozialen Krise geworden. 1,22 Millionen Menschen sind aktuell in Österreich armutsgefährdet, darunter rund 291.000 Kinder und Jugendliche. Zugleich hat die Pandemie deutlich gezeigt: Der Sozialstaat wirkt. Mit verschiedenen Maßnahmen ist es der Bundesregierung gelungen, drohende Massenarmut zu verhindern.

Gerade jetzt, wo Menschen aufgrund der weiter andauernden Pandemie und der massiven Teuerungswelle doppelt belastet sind, muss der Sozialstaat weiter gestärkt werden. Denn, so erfreulich das Anziehen der Wirtschaft nach der Pandemie jetzt ist, damit allein werden sich nicht alle Armutsprobleme von selbst lösen. So trifft etwa die derzeit hohe Inflation nicht alle gleich: Ganz enorm spüren jene Personen die Teuerungen, die schon bislang einen Großteil ihres Einkommens für Wohnen, Energie und Lebensmittel ausgegeben haben. Wer die Sozialhilfe Neu, Mindestsicherung oder Mindestpension bezieht, spürt die hohe Inflation am meisten. Einmalzahlungen wie der Teuerungsausgleich sind da zu wenig.

Ergänzend dazu braucht es daher jetzt den politischen Willen für langfristige Reformen bzw. Anpassungen der Sozialleistungen an das jetzige Preisniveau. So sollte die Sozialhilfe Neu zu einer wirklich armutsfesten, österreichweit einheitlichen Sozialhilfe weiterentwickelt werden, mit klaren Mindeststandards statt Maximalrichtsätzen. Zudem hat die Kinderkostenstudie einmal mehr gezeigt, dass kinderreiche Familien besonders armutsgefährdet sind. Auch die geplante Reform des Arbeitsmarktes wird eine Nagelprobe für die Armutsvermeidung sein und muss daher auch eine soziale Handschrift tragen. Das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe müssen ein existenzsicherndes Niveau haben und es braucht gezielte Maßnahmen gegen Langzeitbeschäftigungslosigkeit. Bei allen sozialpolitischen Maßnahmen muss leitend sein, dass sie Hilfe zur Selbsthilfe sind.

Österreichische Bischofskonferenz

*Presseerklärungen zur Frühjahrsvollversammlung
der Österreichischen Bischofskonferenz
14. bis 17. März 2022 in Matrei am Brenner*

6. Ad-limina-Besuch 2022

Die Mitglieder der Österreichischen Bischofskonferenz werden heuer vom 12. bis 17. Dezember ihren Ad-limina-Besuch in Rom durchführen. In diesem Rahmen werden sie mit Papst Franziskus und Vertretern der vatikanischen Kurienbehörden zusammentreffen und über die Situation der Kirche in Österreich beraten. Der letzte Ad-limina-Besuch der österreichischen Bischöfe war im Jänner 2014. Die ursprünglich für Februar bzw. dann Dezember 2021 geplanten Termine mussten jeweils coronabedingt verschoben werden.

Die „visitatio ad limina apostolorum“ (Besuch an den Schwellen der Apostelgräber) ist für die Bischöfe der Weltkirche vom Kirchenrecht in regelmäßigen Abständen vorgesehen. Ihren Ursprung haben die Ad-limina-Besuche in den Wallfahrten zu den Gräbern der Apostel Petrus und Paulus in Rom. Aus diesem Grund werden die Bischöfe auch zu den vier päpstlichen Basiliken St. Peter, St. Paul vor den Mauern, St. Johannes im Lateran und Santa Maria Maggiore pilgern.